

# Saale-Beitung.

Sechshundvierziger Jahrgang.

### Bezugspreis

Die Halle ist ersichtlich bei monatlicher  
Bestellung 2.50 M., durch die Post  
2.75 M., ausd. Anstellungsgeld.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitung-Verzeichnis  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für unbesagte eingehende Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Redaktion nur mit Quittungsbogen:  
„Saale-Bl.“ gefaltet.  
Preisproben der Redaktionen Nr. 1140;  
der Anzeigen-Verteilung Nr. 179; der  
Abonnement-Verteilung Nr. 1133.

weder die 6 gebaltene Kolonelle  
oder deren Raum mit 20 Bl., falls  
aus Halle mit 20 Bl. berechnet und in  
unseren Annahmestellen und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Redaktion der Seite 76 Pl. für Halle,  
auswärts 1 M.  
Ersteinst täglich zweimal.  
Sonntags und Montags einmal.  
Redaktion und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Braunschweiger 17;  
Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 592.

Halle a. S., Mittwoch, den 18. Dezember.

1912.

### Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“

werden unangesezt von allen Postanstalten und unseren  
Expeditoren angenommen.  
Der Verlag.

## Die bisherigen Arbeiten in Reichs- und Landtag.

Von Abg. Deltus-Halle.

Der deutsche Reichstag hat sich am 12. Dezember bis  
3. Januar vertagt; ihm ist am 13. das Abgeordnetenhaus  
gefolgt.  
Nur kurze Zeit haben die Beratungen des Reichstags  
gedauert. Gesetzesvorlagen wurden überhaupt nicht er-  
ledigt. Wohl fand die Beratung des Petroleum-  
monopolgesetzes statt, doch mußte erst eine Reihe von  
Kommissionen für das Gesetz eine annehmbare Grund-  
lage schaffen. Der jetzige Entwurf findet eigentlich bei  
keiner Partei Beifall. Für den Fortschritt wird ein Monopol  
erst dann zu erwägen sein, wenn wirklich seitens der Re-  
gierung der Nachweis geführt werden kann, daß die Gefahr  
eines Petroleumtrusts und damit die Schöpfung der  
Petroleumverbraucher vorliegt. Wie das Gesetz jetzt aus-  
sieht, wird es ungewissheit eine Verteuerung des Petrol-  
eums bringen und dabei einigen Großhändlern eine Monopol-  
stellung sichern. Wenig angenehm berührt auch, daß man  
auf Kosten der Rationierten, und zwar hier wieder der  
ärmeren, die Mittel für eine angemessene Veteranenfürsorge  
beschaffen will. Die Mittel für den Ehrenlohn der Veteranen  
müssen so schnell wie möglich bereitgestellt werden, aber der  
unangenehme Beigeschmack darf ihnen nicht anhaften. Das  
kleinere Gesetz über die Milchausgaben wurde ebenfalls  
von der Kommission überwiesen. Die Etatsberatungen  
beendigten diesmal fast ausschließlich die Jesuiten-  
frage und die päpstliche Enzyklika über die christli-  
chen Gewerkschaften. Mit der Stellungnahme des  
Reichstags konnten auch wir uns einverstanden erklären.  
Nicht so das Zentrum. Herr Spahn jagte dem Kanzler  
Kampfan. Einen Tadel äußerte Herr von Bethmann Holl-  
weg außer bei den Zentrumsmännern noch von den Deutschen  
Tageszeitung, der treuen Bundesgenossen der Merkelens.  
Der Etat selbst kam bei der Beratung sehr schlecht weg.  
Nur Abg. Wiemer ging etwas in die Tiefe. Zur Balan-  
cierung des Etats ist auch diesmal eine Anleihe von 33  
Millionen erforderlich. Demnach scheint der Segen der  
Reichsfinanzreform von 1909 doch nicht so groß zu sein. Denn  
gerade die Beilegung der Anleihenwirtschaft war ja eins der  
Hauptziele der Finanzreform. Die Interpellationen waren  
diesmal recht zahlreich. In der Frage der auswärtigen  
Politik herrschte vollständige Uebereinstimmung zwischen dem  
Auswärtigen Amte und den bürgerlichen Parteien. Die  
Stellung des Reichstags ließ keinen Zweifel an der  
Friedensliebe des Deutschen Reichs aufkommen, bedeutete  
aber gleichzeitig auch eine ernste Mahnung für die Draht-  
zieher an der Rima. Durch die nachdrückliche Betonung der  
Bündnistreue gegenüber der Donaumonarchie scheinen die  
hochmütigen Serben und ihre einflussreichen Hintermänner  
ihren Kriegseifer etwas eingedämmt zu haben. Die Sozial-  
demokratie zeigte sich auch bei dieser Interpellation als  
Schrittmacher für Deutschlands Gegner, nachdem sie schon  
durch ihre höchst überflüssigen und unklugen Massendemo-  
strationen gegen den Krieg den leitenden Kreisen Absichten  
unterstellt hatte, die, wie jedes politische Kind wissen sollte,  
nie bei uns vorherrschend gewesen sind. Die Friedensliebe  
des Kaisers und seiner Regierung kann endlich niemals  
angezweifelt werden. Die Gespenster bestehen also nur in  
der Phantastie der Herren Genossen. Nur erlaußte, daß die  
Demonstrationen dieser Art nachgerade ihre Wirkung voll-  
ständig verlieren. Die Interpellation über den bekannten  
Vorstoß des Kriegsministers gegen den Militärärzteverband,  
welche nun fortschrittlicher Seite gestellt war, brachte  
das Kriegsministerium in eine recht unangenehme Situation.  
Inzwischen hat ja Herr v. Heeringen einen beinahe voll-  
ständigen Rückzug angetreten, indem er seinem Erlaße eine  
Auslegung gab, die sehr abgemildert wirkt. Trotzdem wird  
mit Nachdruck zu fordern sein, daß die Regierung sich bei  
ihrem Verhalten gegenüber den Verbänden der Staats-  
arbeiter die auch für diese geltenden gesetzlichen Bestim-  
mungen als Richtschnur dienen läßt. Uebergriffe sind hier in  
der letzten Zeit häufiger vorgekommen. Das zeigte auch die  
Interpellation der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus  
über das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten  
gegen den Verein der Berliner Feuerwehrmänner. Es ist einfach nicht zu verstehen, daß  
höhere Beamte nichts von dem neuzeitlichen Geiste, der  
auch die Unterbeamten sichten erfüllt, verstehen wollen. Dem  
Vorwärtsstreben der großen Beamten sichten läßt sich auf  
die Dauer weder mit gewalttätigen Unterdrückungen, noch  
mit einer kleinlichen Kollektivpolitik begegnen. Statt diese  
Kreise zu vergrößern, sollte man ihnen das Recht der freien  
Meinung nicht beschränken, Gerate der Berliner Konflikt

zeigt, wie sehr berechtigt das Verlangen der Fortschrittlichen  
Volkspartei nach einem modernen Beamtenrecht ist. Daß  
die konservative Partei sich durch ihren Sprecher, den Abg.  
Kretsch, noch um einige Grade schärfer als selbst Herr von  
Tallwitz zeigte, verwunderte nicht weiter, weil man schon  
von dieser Seite nichts anderes mehr erwartet. Herr Kretsch  
konnte es sich bei dieser Gelegenheit nicht verlagern, eine  
keine Attade gegen die Großstädte zu retten. Bei der  
Interpellation über die Fleischsteuerung, welche  
zunächst im Abgeordnetenhaus behandelt wurde, zeigte selber  
die Regierung kein weiteres Entgegenkommen. Für sie ist  
mit den minimalen Maßnahmen alles getan, was man von  
ihr erwarten konnte. Die Kommunen sollen nach Ansicht  
der Minister weitere Vorkehrungen treffen. Hier das Be-  
streben, die Kommunen dauernd mit Aufgaben zu be-  
lasten, die nicht zum Wesen eines Gemeinwesens gehören  
können. Seitens der Gemeinden ist viel geschehen. So lange  
aber nicht die Zollermäßigungen auch auf die Fleischerei  
ausgedehnt werden, wird eine Besserung kaum bemerkbar sein.  
Freilich werden alle diese kleinen Mittel eine dauernde Mil-  
derung nicht bringen können. Die Wiederholung der Inter-  
pellation im Reichstage förderte nichts Neues zutage. Die  
konservative Partei erklärte hier selbst, gegen die minimalen  
Zollerleichterungen stimmen zu wollen. Die Interpellation  
über den Wagenmangel und die Verkehrs-  
störungen auf den Eisenbahnen bewiesen, welche  
schweren Wunden dem deutschen Wirtschaftsleben geschlagen  
sind. Es zeigte sich aber auch, daß gewisse Schäden in der  
Organisation und im Beamtensystem der Staatseisenbahn  
zu beseitigen sind. Letzten Endes wird aber den Zuständen  
nur durch eine großzügige Verkehrspolitik, insbesondere  
durch den Ausbau der Ränge abzuhelfen sein. Freilich von  
derartigen Plänen will die Mehrheit des Abgeordneten-  
hauses nichts wissen. Beim Schlepplomonopolgesetz  
sind neue Gesichtspunkte für Industrie und Verkehr geschaffen  
und neue Laufen diesen Kreisen aufgesetzt worden. Mit  
äußerster Kraftanstrengung ist es wenigstens bei den ver-  
abschiedeten Wassererges gelungen, große Schädigungen  
der Industrie und der Kommunen fernzuhalten. Im all-  
gemeinen bedeutet dieses große Gesetz einen bedeutamen  
Fortschritt. Freilich wäre der Erfolg noch weit größer ge-  
wesen, wenn die Materie reichsgesetzlich geregelt worden  
wäre. Das sogenannte Parzellergesetz fand  
Freunde und Gegner in allen Parteien. Jedemfalls waren  
sich sämtliche Mitglieder der fortschrittlichen Fraktion darin  
einig, daß ein günstiger Kursstand der Staatspapiere durch  
das Gesetz nicht erreicht wird. Wir, die wir gegen das Gesetz  
stimmten, meinten zudem, daß es die Synthese nicht noch  
weiter fördere. In dieser Beziehung ist eine Abhilfe bring-  
end geboten. Die Frage des Realcredits ist zu  
einer hienenden geworden. Die Interpellation hierüber,  
welche am letzten Sitzungstage begonnen wurde, wird hoff-  
entlich greifbare Ergebnisse zeitigen. Ein Antrag zur  
Förderung des Obst- und Gemüßbaues scheint  
geeignet, wenigstens in etwas zu einer wohlfeileren Er-  
nährung des Volkes beitragen zu können. Von kleineren  
Gesetzen verabschiedete das Abgeordnetenhaus das Lawe-  
gesetz und das Gesetz zur Entlohnung des  
linksrheinischen Industriebezirks. Der An-  
trag Hammer auf Abänderung des Warenhaus-  
steuerergesetzes wurde abgelehnt und an Stelle desselben  
vom Hause eine Resolution angenommen, der sämtliche  
bürgerliche Parteien zustimmen konnten. Bei Behandlung  
der Materie mußte man allenthalben zugeben, daß das Gesetz  
auf darauf gestellten Erwartungen nach keiner Seite erfüllt  
haben. Auch hier haben wir Fortschrittler recht behalten.  
Ein Antrag Schäffer Gültigkeit zu erlangen, der die Poli-  
zeierordnungen betreffend, brachte bei der Behand-  
lung eine Fülle von Material zum Vorliegen, aus welchem  
zu ersehen ist, daß über zu wenig Polizeierordnungen wahr-  
scheinlich nicht zu klagen ist. Diese Ueberproduktion will man  
nun durch Beschränkung der Gültigkeitsdauer etwas ein-  
dämmen. Noch besser wäre es freilich, wenn sich unsere Be-  
hörden von dem bürokratischen Bevormundungsbrange  
etwas befreien wollten. Von den zahlreichen Petitionen,  
welche zur Beratung standen, ist diejenige des fortschritt-  
lichen Frauenvereins auf Verleihung des Kommunal-  
wahlrechts an die Frauen besonders erwähnens-  
wert. Entgegen dem fortschrittlichen Verlangen zur Berück-  
sichtigung wurde die Petition als Material überwiesen.  
Dasselbe war der Fall bei einer Eingabe auf Befrei-  
ung des Hausbesitzerprivilegs. Dagegen hat-  
ten die vormaligen Städte mehr Erfolg. Ihrem Ver-  
langen auf Einführung der Städteordnung in  
Neuropommern und Rügen wurde durch den Be-  
schluß zur Berücksichtigung entsprochen. Sodann nahm das  
Haus zu einer Petition des Deutschen Unterbeamtenver-  
bandes einen Antrag an, in welchem insbesondere für kin-  
derreiche Unterbeamtenfamilien eine ein-  
malige Beihilfe verlangt wird. Schließlich brachte  
ein Antrag v. Jeddy eine Abänderung der Kreis-  
ordnung. Dadurch werden die Rechte der Alltags-  
schaften etwas ausgedehnt. Lieber wäre es uns dabei ge-  
wesen, wenn man in eine grundsätzliche Änderung der Kreis-  
ordnung eingedrungen hätte. Zu einer energischen Protekti-

fundgebung kam es zuletzt noch, als die Regierung in kaum  
gläublicher Unfreundlichkeit gegenüber dem Abgeordneten-  
hause den bekannten Verlauf des Grundstücks neben dem  
Abgeordnetenhaus ins Werk gesetzt hatte. Gegen die Stim-  
men der Konservativen wurde das Erbsuchen des Minister-  
präsidenten und des Kriegsministers verlangt. Der Mini-  
sterpräsident erhien zwar nicht, aber Herr v. Heeringen.  
Leider machten die Mehrheitsparteien eine Besprechung durch  
ihren Mangel unmöglich. So daß die ganze Aktion demnach  
eine leere Demonstration blieb. Die Erklärung des Mini-  
sters des Innern zeigte zwar Entgegenkommen, trotzdem er-  
scheint es fraglich, ob dem Wunsch des Hauses entsprochen  
werden kann.  
Alles in allem hat das Abgeordnetenhaus ein reicheres  
Maß von Arbeit bewältigt als der Reichstag. Auch die Be-  
ratungen nach Weihnachten werden weitere wichtige Ar-  
beiten bringen. Im Reichstage liegen bis jetzt nur kleinere  
Gesetze (Konkurrenzauflauf, Sonntagruhe usw.) vor. Das  
Abgeordnetenhaus wird sich neben dem Etat und einer Anzahl  
kleinerer Gesetze und Anträge vor allem mit dem jetz-  
wichtigen Einkommensteuergesetz zu beschäftigen  
haben. Es wird demnach genügend Stoff vorhanden sein,  
bevor das letzte Stündlein dieses Abgeordnetenhauses ge-  
schlagen hat, das leider noch einmal auf Grund des ver-  
alteten Wahlrechts gemächt werden muß. Dem neuen Land-  
tage geht dann hoffentlich die so lang ersehnte Wahl-  
vorlage zu.

## Die Friedenskonferenz.

Die Friedenskonferenz ist, wie telegraphisch aus London  
berichtet wird, Dienstag vormittag um 11 Uhr unter dem  
Vorsth Dr. Danneberg zusammengetreten. Die Hofkammer-  
Reunion sollte um 3 Uhr 30 Minuten eröffnet werden. Nicht  
nur in Döppeln von den Hauptstädten der Balkanstaaten,  
sondern auch in Interwelen mit allerdings nicht namhaft ge-  
machtem Mitgliedern der Friedensdelegationen kommt die  
Meinung zum Ausdruck, daß die Friedensverhandlungen in  
London mit einem Wiederbruch des Krieges enden wer-  
den. Dr. Dillon, ein bekannter Mitarbeiter des Daily  
Telegraph, der den Vorschlag hat, mit vielen Staatsmännern  
der Balkanstaaten und der Türkei herbeizurufen zu sein, und  
der bisher außerordentlich antimilitarische Ansichten hegte, gibt  
jetzt ein Geplätsch mit einem herorragenden Delegierten  
wieder, das das Schlimmste befürchten läßt: „Wenn nicht  
alles trägt“, jagte dieser Delegat, „werden wir den Zweck der  
Konferenz nie erreichen. Es geht über unsere Kraft.“  
Das wenigstens ist der Eindruck, den ich habe. Vielleicht bin  
ich zu pessimistisch, aber ich verführe Sie, daß ich meine Worte  
den Tatsachen anpaßlos laufe. Ich glaube, aber ich fürchte  
vielmehr, daß wir wieder zu den Waffen greifen müssen. Die  
Bulgaren und Türken fordern einander hoffnungslos gegen-  
über. Was die einen fordern, müssen die anderen verweigern.  
Und ich weiß nicht, wie dieser Spalt zu überbrücken sein wird.“  
Nur wenn das vereinigte Europa seine sich morgen in Lon-  
don verammelnden Diplomaten beauftragte, selbst einzu-  
treten, ist eine friedliche Beendigung der Konferenz möglich.  
verhört der Delegat.

### Die Teilnahme der Griechen an der Konferenz.

Vor dem Frühstück, das nach der Zusammenkunft der  
Friedensdelegationen im Sr. Jamespark stattfand und bei  
dem die Delegierten an vier Tischen saßen, hielten die Führer  
der Missionen eine zwanglose Beratung ab. Unter den Fragen,  
die dabei zur Erörterung gelangten, wurde auch die Faltung  
besprochen, die von den Türken den Griechen gegenüber ein-  
genommen werden würde. Es ist Grund zu der Annahme vor-  
handen, daß die Schwierigkeit dieses Punktes überwinden wird.  
Die Frage der Friedensbedingungen wurde nicht berührt,  
nicht einmal die offiziellen Vollmachten der Delegierten wur-  
den ausgetauscht.

Ein Drahtbericht aus Paris steht allerdings dazu in  
kräftigem Gegensatz: Man glaubt hier nicht, daß die Streit-  
frage um die Teilnahme der Vertreter Griechenlands an den  
Friedensverhandlungen stillschweigend dadurch aus der  
Welt geschafft ist, daß die türkischen Bevollmächtigten gestern  
gegen die Anwesenheit der Griechen keinen Einspruch erhoben  
haben. Gestern handelte es sich eben nur um den amtlichen  
Empfang der Bevollmächtigten durch England und ihre  
Begleitung durch den Staatssekretär für die auswärtigen An-  
gelegenheiten, der im Namen Englands sprach. Heute aber  
sind die Bevollmächtigten unter sich und haben selbst die Be-  
dingungen und die Ordnung ihrer Beratungen festzulegen.  
Man erwartet, daß die Türken in der ersten  
sachlichen Sitzung mit ihrem Einspruch hervortreten.

### Audiatir et altera pars.

Im Gegensatz zu den Konstantinopeler Berichten über  
die letzte Seeschlacht wird aus Athen gemeldet:  
Ueber den Zusammenstoß der griechischen mit der tür-  
kischen Flotte werden folgende Einzelheiten bekannt: Der  
Gouverneur von Teneos brachte an den Marineminister,  
es sei ihm von Mannschaften und Passagieren des russischen  
Dampfers „Jerusalem“, der kurz nach dem Kampfe die Dar-  
danelen passierte, mitgeteilt, daß es tatsächlich am Vormittag  
zu einer Seeschlacht gekommen sei. Drei türkische  
Schiffe waren kampfunfähig gemacht worden.  
Der Kommandant des Torpedoboots Nr. 11, Koffis, meldete  
dem Admiralstab, daß der Zusammenstoß der Flotten zwi-  
schen den Dardanellen und der Insel Imbros erfolgt sei.  
Das Gefecht hätte um 9 Uhr 45 Minuten begonnen und eine

Stunde gedauert. Die feindliche Flotte hätte sich immer in der Nähe der Küste gehalten, von wo die Küstenbatterien und die Batterien der Forts Rum-Kafch und Gebudbadir auf die griechischen Schiffe geschossen hätten. — Nach weiteren Meldungen blieb die griechische Flotte in voller Schlachtordnung liegen, nachdem die türkischen Schiffe sich in wildem Durcheinander in die Daranelen zurückgezogen hatten. Kurz nach 3 Uhr versuchten wiederum drei türkische Torpedobögel die Meerenge zu verlassen, zogen sich aber, als die Griechen angriffen, sofort wieder zurück. Die Daranelenforts feuerten nicht mehr. Von einer Beschädigung der griechischen Schiffe verlaunt nichts.

### Die Taktik Seriens.

Belgrad, 17. Dez. Die serbische Presse ist bemüht, den Regierungen der veränderten Staaten und den Delegierten aus Serb zu legen, daß sie sich ja nicht durch die bekannte Berichtigungs- und Methode der Türkei, die im gegenwärtigen Falle auch noch fremden Einflüssen folge, täuschen lassen, sondern gleich im Anfang die Grundlagen für die Verhandlungen feststellen müßten, von deren Annahme oder Ablehnung alles weitere abhängig wäre. Diese Grundlagen seien im übrigen schon im Waffenstillstandsvertrage im wesentlichen festgelegt worden und sollten gleich in der ersten Sitzung vorgelegt werden. Dadurch würden die Delegierten am besten erfahren, woran sie mit der Türkei seien.

### Die bulgarisch-rumänischen Schwierigkeiten.

Bukarest, 17. Dez. Allmählich hört man einiges über die letzten Ergebnisse des letzten Besuchs Dr. Danews, was den optimistischen Darstellungen von bulgarischer Seite einigermaßen widerspricht. Danach steht es jedenfalls fest, daß noch gar nichts Positives erreicht ist und namentlich, daß Herr Danew hier keinerlei Nachgiebigkeit gegenüber dem bulgarischen Standpunkt hat durchsetzen können. Man glaubt hier aber auch nicht daran, daß eine ungeschickte Erfüllung der rumänischen Wünsche von den Bulgaren ohne Zwang zu erzielen wäre, es müßte denn sein, daß alle Mächte gemeinsam ihren Einfluß in dieser Richtung geltend machten. In der Sache stehen also noch die Schwierigkeiten bevor. Einerseits ist die hiesige Regierung nicht geneigt, nachdem sie während des Weltkrieges volle Neutralität gewahrt, um ihren Ansprüchen das geringste aufzugeben. Andererseits ist kaum auf ein Entgegenkommen Bulgariens zu rechnen; denn selbst wenn die Regierung nachgeben würde, so hat sie doch damit zu rechnen, daß das bulgarische Volk entschiedenen gegen territoriale Abtretungen an Rumänien ist.

### Die Kämpfe auf Chios.

Konstantinopel, 17. Dez. Wie das Blatt „Memdar“ erzählt, haben die Griechen ihre Truppen und Maschinengewehre in Chios gelandet. Ferner sind dort zwei Torpedobögel eingetroffen. Der griechische Hilfskreuzer „Macedonia“ und ein Torpedobootankergerät haben den Hafen Thesone angekommen und den Kaufmann und den Kommandanten der Dampfer an Bord zu bord zu kommen. Beide Leuten es ab, worauf sich die Schiffe, ohne etwas zu unternehmen, wieder entfernten.

## Deutsches Reich.

**Für eine konservativ-nationalliberale Annäherung**  
Am Sonnabend abend von konservativer Seite in der „Deutschen Tageszeitung“ Bedingungen aufgestellt worden, wozu u. a. die folgenden gehören, daß die konservative Partei so genommen werden sollte, wie sie ist, und daß das Zentrum von einer konservativ-nationalliberalen Arbeitsgemeinschaft keinesfalls ausgeschlossen werden dürfte. In der „Köln. Ztg.“ wird darauf die Antwort erteilt, daß für ein Zusammenarbeiten mit den Konservativen „die unbedingte unerschütterliche Vorbedingung“ sind: „Ablehnung der Zentrumshörigkeit und der Herrschaft des Bundes der Landwirte.“ In einzelnen werden die nationalliberalen Bedingungen für eine konservativ-nationalliberale Annäherung wie folgt fixiert:

Was sich die konservative Partei durch ihren Paß mit dem ultranationalen Zentrum nur weiterhin in den Augen ihrer protestantischen Mitglieder verdächtig machen, Bundesgenossen dabei wird sie bei den Nationalliberalen nicht finden. Und was die liberalen Forderungen anbetrifft, so hat für eine Arbeitsgemeinschaft die nationalliberale Partei ihrerseits Bedingungen zu stellen. Vor allem das Verlangen nach katastrophischer Gleichberechtigung, namentlich in Preußen, wo die Konservativen noch allein das Sagen in Händen haben. Diese Gleichberechtigung hat sich zu erstrecken auf die Befugnisse von Staat und vom Reich zu begehenden Beamtenstellen und auf die Zusammenlegung des preußischen Abgeordnetenhauses. Wenn darüber mit den Konservativen ein Einverständnis erzielt ist, so wird sich darauf in allen anderen Fragen der Politik weiterbauen lassen; denn braucht man nicht mehr wie die „Deutsche Tageszeitung“ ängstlich nach verzweigten Punkten auszuspähen, über die sich Liberale und Konservative einigen könnten, dann braucht man auch nicht mehr das letzte und alleinige Heil in der Parole von der Sammlung aller gegen die Sozialdemokratie, mit der sich in der Praxis nichts anfangen läßt, zu suchen, um schließlich bei dem Gedanken der „Deutschen Tageszeitung“ zu stehen, daß schon die nächste Verfassung die schon Eingetragene über den Haufen wirft. Dann könnte durch wechselseitige Zugeständnisse an die liberale und konservativen Staatsauffassung ein gedeihliches Zusammenarbeiten von rechts und links zustande kommen, an dem man auch draußen im Lande seine Freude hätte. Die Wahlen würden das zeigen. Die Grundlage eines solchen Zusammenarbeitens wäre also: Gleichberechtigung des Liberalismus im Parlament, Rettung der Verbindung und Diplomatie, Abwehr aller ultranationalen und sozialdemokratischen Eingriffe in den Lauf der Staatsmaschine.

### Der Bundesratswahlrecht

Am Dienstag mittag im Abgeordnetensause zusammengefaßt, um über eine etwaige Ermäßigung der Kostentaxe zu verhandeln.

### Schweizerischer Dokortitel.

Der Reichsanwalt hat loben auf die Eingabe des Deutschen Veterinärates betreffs gleichmäßiger Anerkennung des in der Schweiz erworbenen tierärztlichen Dokortitels

zu Händen des Prof. Dr. Schmalz folgende Antwort erteilt, nachdem er mit den preussischen Beamten wegen der Angelegenheit ins Benehmen getreten ist:

„Die Herren Minister haben mit darauffolgender Mitteilung, daß die Genehmigung zur Führung des im Auslande erworbenen Titels eines Doktors der Tierheilkunde von denselben Voraussetzungen abhängig gemacht werden müsse, wie sie für die Erlangung der Doktorwürde nach der Promotionsordnung für die Tierärztlichen Hochschulen in Preußen beständen. Dabei könne er keinen Unterschied machen, ob die Würde vor oder nach dem Allerhöchsten Erlaß vom 6. September 1910 erworben sei. Da die Verehrung der Anerkennung der Dokortitel ausschließlich zur Zufriedenheit der Bundesregierungen gehört, so ist mich nicht in der Lage, weiteres in der Angelegenheit zu veranlassen.“

### Die Bagdadbahn.

In Gegenwart der lokalen Behörden sind die Neuberechnungen der Bagdadbahn von Aleppo nach Kadiuj im Amanusgebirge und von Aleppo nach Dierabulus am Euphrat dem Betrieb übergeben worden. Die Länge der neu in Betrieb genommenen Strecken beträgt 200 Kilometer.

## Kleine vermischte Nachrichten.

**Mitgliederwahl des Schupferverbandes gegen Streikfäden.**  
Die diesjährige Mitgliederwahl des Schupferverbandes gegen Streikfäden fand am 13. Dezember d. J. unter dem Vorsitz von Herrn Landrat Küster in Berlin statt. In der Versammlung erstattete der Syndikus des Schupferverbandes, Dr. Tänzler-Berlin, den Geschäftsbericht. Danach gehören dem Schupferverbande 49 Verbände mit 400 738 beschäftigten Arbeitern an. Der Schupferverband ist eine A. u. V. -Vereinigung für diejenigen Arbeitgeberverbände, die reglementsmäßige Streikentscheidungen abgeben. A. Verbänden wurde Entschädigung im lahungsunfähigen Höchstbetrage zurkannt, 2 weiteren Verbänden, die noch im Kampfe stehen, wurde die lahungsunfähige Entschädigung in Aussicht gestellt. Die aus dem Vorstand des Schupferverbandes lahungsunfähig ausgeschiedenen Herren Fabrikbesitzer Brandis-Münchens-Glabach, Kommerzienrat Start-Chemnitz und Kommerzienrat Benz-Neipzig wurden einstimmig wiedergewählt.

**Ein Gesellschaftsaustausch zwischen Alenburg und Reuß i. E.**  
Soeben ist ein Gesellschaftsaustausch von acht Dristigkeiten an, die zum Teil im Herzogtum Alenburg, zum Teil im Fürstentum Reuß liegen. Drei Dristigkeiten sollen zu Alenburg und fünf zu Reuß gehören. Man vertritt sich von dieser Maßnahme eine Vereinfachung der allgemeinen Staatsverwaltung und hofft, auch den betreffenden Gemeinden damit entgegenkommen. Alimmar und Sassen-Meinungen haben seinerzeit ebenso gehandelt.

**Ein Krematorium in Wiesbaden.**  
Am Sonntag wird das Krematorium als viertes in Preußen dem Betrieb übergeben. Der erste Bürgermeister von Biegnitz, Charbonnier, ist zum Mitgliede des Herrenhauses ernannt worden.

Die bayerische Regierung hat, wie ein Telegramm aus München meldet, den konfessionellen Sozialunterricht in der Volks- und Mittelschulen auf Ansuchen der freireligiösen Gemeinde Augsburg genehmigt. Die an diesem Unterrichts teilnehmenden Kinder sind vom konfessionellen Religionsunterricht in der Schule befreit.

**Vorlaufrecht für Zwangsversteigerungen.**  
Die Nationalliberalen haben folgenden Antrag im Reichstag eingebracht: Der Reichstag sollte beschließen, die veränderten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zu ersuchen, durch den die Gemeinde, den anderen kommunalen Verbänden, dem Staate und dem Reiche sei allen Zwangsversteigerungen von Grundstücken ein kurz befristetes Vorlaufrecht eingeräumt wird. In der veränderten Justizkommission des Abgeordnetenhauses für die Vorberatung des Entwurfes einer Hinterlegungsordnung ist die Fortschrittliche Volkspartei durch die Abgeordneten Lipmann und Wolf-Lisse vertreten. Vorsitzender der Kommission ist der freikonervative Abg. Krause-Waldenburg.

## Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser hörte am Dienstag die Vorträge der Chefs des Militärkabinetts und des Admiralkabes der Marine.

Der Feier der 50jährigen Wiederkehr des Einzuges des Burggraf Friedrich von Nürnberg in Havelberg wohnte am Dienstag im Auftrage des Kaisers Prinz Eitel Friedrich bei. Nach einem Festgottesdienste in Dome fand die Einsegnung des Burggrafentempels, eines 100 Tonnen schweren Havelberger Findlings, durch den Prinzen statt.

## Verbandstage.

### Hauptversammlung Deutscher Arbeitgeber-Verbände.

S. & M. Berlin, 14. Dezember.

Unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten der angeschlossenen Organisationen trat heute vormittag hier im „Russischen Hofe“ die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände unter dem Vorsitz des Landrats a. D. Roetger zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Nach der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten erstattete der Syndikus der Hauptstelle Dr. Tänzler (Berlin) den Geschäftsbericht.

Auf Wunsch des Vorsitzenden Landrat a. D. Roetger nahm die Verbandversammlung einstimmig folgenden Beschlusstag an:

„Von seiten der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Schildehalter wird dem § 152 der Reichsgesetzgebung trotz wiederholter Zurückweisung immer von neuem die Anregung gegeben, daß dadurch ein „gesetzlich garantiertes Koalitionsrecht“ entstehen sei, mit der Folge, daß jeder Unternehmer gezwungen sei, Mitglieder jeder Arbeiterkategorie in seinen Betrieb aufzunehmen und darin zu beschäftigen. Solange nicht Betriebsräte Arbeiterkategorien überhaupt nötig machen; jeder Versuch des Unternehmers, Angehörige bestimmter Gewerkschaften von seinem Betriebe fernzuhalten, sei ein „Antiriff“ auf das durch die Gesetzesbestimmung gewährte „Koalitionsrecht“. Die in der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände vereinigten Arbeitgeberverbände des Deutschen Reiches erheben gegen die mifflürdige Gesetzesauslegung und die dadurch herbeigeführte grobe Verletzung der öffentlichen Meinung entschiedenen Protest. Die Gesetzesbestimmung, die jedem nicht ein besonderes Recht auf Koalition gewährt, sondern nur Strafschutz der Vereinigung und Verabredung in beschränktem Umfang auspricht, kann, ebenso wie sie keinen Zwang zum Anschluß an die Koalition bedeutet, auch keinen Zwang zur Beschäftigung bestimmter Gewerkschaftsmitglieder ausprechen. Eine

solche Bestimmung würde übrigens auch in den das Koalitionsrecht betreffenden §§ 41 und 105 der Bundesverfassung ausdrücklich festgelegten Freiheit des Unternehmers in der Auswahl seines Arbeitspersonals stehen. Wenn also der Unternehmer den Mitgliedern von Gewerkschaften, weil sie wirtschaftlich fördernde und flächendeckende Betreibungen vertreten, die Beschäftigung in seinem Betriebe verweigert, so stößt er sich hierbei durchaus auf das Gesetz. Sobann sprach über das Thema:

### Streikposten und Bürgerliches Gesetzbuch

Rechtsanwalt Justizrat Dr. Fuld (Mainz). Der Referent ging davon aus, daß man bislang sowohl in Deutschland als auch in den meisten anderen Ländern die Frage des Streikpostens stets nur unter dem strafrechtlichen Gesichtspunkte betrachtet habe, sei es mit Rücksicht auf das geltende Recht, sei es mit Rücksicht auf die Gesetzgebung; hingegen ist das Verhältnis des bürgerlichen Rechts zu dem Streikposten im Verhältnis nur sehr selten behandelt worden, auch die Rechtspredung hat sich nur ganz ausnahmsweise damit beschäftigt, obwohl zweifellos die Wichtigkeit derselben nicht abzutreiben ist. Der Redner will in den Streit, ob eine Ergründung der Strafgesetzgebung mit Rücksicht auf das Streikposten erforderlich ist oder nicht, nicht eingreifen, sondern nur in vollkommen objektiver, auf dem geltenden Recht beruhender Weise darlegen, inwiefern es möglich ist für den einzelnen Gewerbetreibenden, sich gegen Streikposten mit Hilfe des B. G. B. zu schützen. Diese Möglichkeit ist aber unter Umständen vorhanden; es kommen in Betracht §§ 823 und 1004 des B. G. B. Der Referent schließt dann die Entwicklung der Rechtspredung des Reichsgerichts in Bezug auf das sogenannte Persönlichkeitsrecht. Ein allgemeines Persönlichkeitsrecht wird von dem Reichsgericht nicht anerkannt, die Anerkennung ist aber nach Ansicht des Referenten nur eine Frage der Zeit, da es anerkannt das Reichsgericht ein Recht an dem eingerichteten Gewerbebetriebe und gewährt die Unterlassungspflicht gegen jede unmittelbare Störung dieses Gewerbebetriebes. Diese Unterlassungspflicht, welche der englischen Version entspricht, ist ohne Rücksicht auf die Mithilfe einer Schädigung oder Verletzung gegeben; es genügt die unmittelbare Störung und der rechtswidrige Charakter. Von diesem Rechtsboden aus ist zu prüfen, ob das Ausschließen von Streikposten zurecht als beanstanden ist. Generell ist die Frage zu trennen, wann dann wird der Unterlassungsanspruch mit Erfolg geltend gemacht werden können, wenn das Ausschließen sich unmittelbar als eine Störung eines bestimmten Gewerbebetriebes darstellt. Dies würde a. B. dann der Fall sein, wenn die Streikposten Arbeitsmangel durch Beheldigungen oder Gewalttätigkeiten am dem Eintritt in das gewerbliche Unternehmen verhindern. Sind die Voraussetzungen für den Unterlassungsanspruch vorhanden, so kann auch der Erfolg einer einstweiligen Verfügung beantragt werden, die ein sehr wirksames Mittel ist, die Störung zu beseitigen. Was den Anspruch des Gewerbebetriebers auf Schadenersatz anlangt, so ist derselbe zwar grundsätzlich auch vorhanden, in der Praxis aber nicht seine Geltendmachung fast regelmäßig auf unüberwindliche Hindernisse, weil für den Schaden nur der unmittelbare Erfolg gemacht werden kann, der den Schaden als Folge seiner Handlung voraussetzen hat; der Nachweis dieser kausalen Momente ist aber schwierig. Der Referent macht noch besonders auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 26. September 1912 aufmerksam, das er als zweifelhaft hinstellt, ob die öffentliche Anforderung an das Publikum bestimmten Unternehmern zuzurechnen, schon als ein unmittelbarer Angriff gegen einen gewerblichen Betrieb zu erachten sei. Es müßte daher die Meinung, daß das B. G. B. in jedem Fall ein Mittel gebe, das Streikposten anzufragen, als rechtswidrig hinstellen zu werden, wohl aber ist zu erwarten, daß die Praxis dem Reichsgericht bald Gelegenheit geben wird, direkt auf der Frage Stellung zu nehmen. (Beifall.)

Damit war die Tagesordnung erschöpft und die Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit dem üblichen Dankesworten geschlossen.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 18. Dezember.

### Der Studentenstreik in Halle.

Über dieses aktuelle Thema schreibt das „Berliner Tageblatt“ folgendes: Die Ursachen des Konfliktes liegen sehr tief, und die Angelegenheit ist schon seit langem nicht nur in Halle, sondern auch in allen anderen deutschen Universitäten vorerit. Denn schon seit Jahren herrscht in der deutschen Studentenschaft eine Mißstimmung gegen die ungeheuer anwachsende Beherrschung der Ausländer an den deutschen Universitäten. Nicht Chauvinismus ist die Ursache, sondern der Umstand, daß die Ausländer, und Studienbehörden, für die Ausländer leichter sind, als für die reichsdeutschen Studenten selbst. In der philosophischen Fakultät sind diese Mißstände schon etwas geregelt, während aber nicht es in der medizinischen Fakultät aus. Bekanntlich absolvieren die Mediziner nur fünf Semestern das Studium; dann haben sie an den praktischen Übungen in den Kliniken Anteil. Da aber die Ausländer nach dem Ministerialerlaß vom Jahre 1896 das Studium an deutschen Universitäten nicht machen dürfen, können sie durch die Mithilfe der Medizinalprofessoren auch ohne Studium, ohne genügende Vorbereitung, an den Kliniken Übungen aktiv teilnehmen. Die allgemeine und berechtigte Forderung der deutschen Studenten geht nun dahin, daß die Ausländer eine Vorbildung einweisen sollen, die dem deutschen Mediziner entspricht, und dann sollen auch die Ausländer nach fünf Semestern ihr Studium beenden dürfen, und erst dann zu den praktischen Übungen zugelassen werden. In Halle und Königsberg sind diese Forderungen bereits in Frage gestellt, in München und Prag so klar, daß nur zwei Fakultäten überhört zugelassen werden, und doch diese Fakultäten vor ihrem Entstehen ein deutsches Spracheramen machen müssen. Man wird nun leicht einsehen, wie sehr die Hallenser medizinischen Studenten zu leiden haben, wenn man erfährt, daß ein Drittel der medizinischen Studenten Russen sind. Die Hallenser Kliniker hatten nun schon im Februar ihre Forderungen der Fakultät eingereicht, aber bis jetzt haben sie noch keine Antwort vom Ministerium erhalten. Darauf beschloßen sie, vor einigen Tagen den Streik zu beginnen. Nirgendwo herrscht Erbitterung oder Feindschaft, die Mediziner demonstrieren nicht, sie verlangen keine Aufzüge, sie hören nicht, wie dies früher öfter geschah, die Ruhe, sondern sie erscheinen einfach nicht in den Kliniken. Die älteren Semester sind teils abgereift, teils beraten sie ernst und gemessen über die Lage. Fort-

während finden Konferenzen zwischen Professoren und Studenten statt. Die Säle in den Kliniken aber liegen still und die Untersuchungen und Operationen werden nur in Ausnahmefällen vorgenommen. Sehr erklärt, daß die Anforderungen bereitgestellt sind, und daß es sich nur um einige Tage handeln könne, bis eine Einigung erzielt wird. Wahrscheinlich wird den Ausländern, die jetzt schon praktizieren, ohne das Hospitium bekommen zu haben, das Praktizieren weiter erlaubt bleiben. Künftig aber werden alle Ausländer das Hospitium absolvieren müssen, wie jeder andere deutsche Student, um zu den klinischen Übungen zugelassen zu werden. Dieser Entschluß der Fakultät wird jedoch an das preussische Ministerium gehen, das so hoffen weitestens die Optimisten, bald den Entschluß bestätigen wird, und ihn auch für alle preussischen Universitäten gültig machen dürfte. Jetzt herrscht aber an allen Universitäten noch Zustimmung und Unzuverlässigkeit.

**Die Giechener Studenten streifen seit Dienstag ebenfalls und haben den Besuch der Kliniken gänzlich eingestellt.** Es ist möglich, daß noch andere medizinische Fakultäten folgen werden. Bald aber wird wie man hört, wieder Ruhe und Zufriedenheit an den deutschen Universitäten herrschen. Denn es sind keine kritischen oder Seminare, die jetzt streifen, oder besser gesagt, passive Resistenzen betreiben, sondern gewisse Kliniker von sechs Semestern, die der Ansicht sind, daß ihre Ausbildung durch die zahlreich vorgebildeten Ausländer benachteiligt wird.

**Hausparafassen als Weihnachtsgeschenke.**  
Der Zweck dieser von der städtischen Sparfasse (Sparfasse) und Zweigstellen (Nord und Süd) seit Juli 1908 ausgeschiedenen Sparfassen ist, den Sparfassen die Sparsamkeit gerade der kleinen und kleinsten Einköcher zu fördern. Den Nadel und die Nenngröße, welche zur Belegung der Sparfasse zu gering erscheinen, vermahnt die Hausparafasse lieber, weil sie erst bei der Übergabe an die Sparfasse, welche den Schlüssel vermahnt, einnehmen werden können.

Die Hausparafassen büchten sich für das bevorstehende Weihnachtsgeschenk als nützlichste Weihnachtsgeschenke namentlich für Kinder, Lehrlinge und Dienstpersonal um sehr gut eignen. Bei Empfangnahme der aus Stahlfeder gefällig und solid hergestellten Büchse ist lediglich der geringfügige Betrag von 2,50 Mark zu verpaiden. Diese 2,50 Mk. werden in ein auf den Namen des Empfängers lautendes Sparbuch eingetragten, wie jede andere Spareinlage von dem auf die Einzahlung folgenden Tage ab mit verzinst und bei einer etwaigen Rückgabe der Büchse, welche allerdings selbstständig sein muß, zurückgezahlt. Der Inhalt der von Zeit zu Zeit der Sparfasse zur Einzahlung anzubietenden Sparbüchse wird von den Beamten in Gegenwart des Sparers öffentlicher, festgelegt und sofort als verbindliche Spareinlage in das gleichzeitige mit vorzuliegende Sparbuch eingetragen.

Ueber die beizugebenden Einlagen kann der Sparer später selbstverständlich frei verfügen. Von Interesse dürften einige Zahlen über die Entwicklung dieses Sparwesens bei der städtischen Sparfasse sein. Aufgegeben sind bis Ende November d. J. 4135 Stück Sparparafassen (bis Ende November 1911 3572 Stück). Entleerungen fanden in 16478 Fällen statt, die ein Gesamtergebnis von 423720 Mark hatten. Bis Ende 1911 fanden 11539 Entleerungen mit 294846 Mk. statt. Die Zunahme beträgt seit Jahresfrist also 128874 Mk.

**Eine Eisenbahnkatastrophe verhindert.**

In großer Gefahr schwebten Dienstag die Reisenden des D-Zuges 101 Basel-Breslau, welcher 643 Uhr früh auf dem hiesigen Hauptbahnhof eintrifft. Infolge falscher Weichenstellung bog der Zug in der Station Schlettau vom Hauptgleis ab und fuhr auf ein Nebengleis, auf welchem der um 7 Uhr früh nach Kaufbehn abfahrende Fernzug hielt. Erst in kurzer Entfernung vor diesem Zuge gelang es, den in voller Geschwindigkeit fahrenden D-Zug zum Stehen zu bringen. Nur der Nummernkammer des Maschinenführers des D-Zuges ist es zu danken, daß namengebende Unglück verhindert wurde.

Bei der Durchfahrt durch die falsch gestellte Weiche wurden die Wagen heftig geschleudert, so daß hierdurch die Reisenden auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurden. Wenn die Schuld an diesem Vorkommnis trifft, wird die Untersuchung ergeben. Der D-Zug traf infolgedessen mit 15-minütiger Verspätung in Halle ein.

**Die Weihnachtsfeier der Reichsschule für Schneebegabte von Frau M. I. d. e. Medefitz, 25, fand am 12. d. Monats in gewohnter Weise im Wintergarten statt.** Nach dem Gesang: „Dies ist der Tag“ wurde ein auf die Bedeutung der Weihnachtsgeschenke Bezug nehmender Prolog von der ältesten Schülerin der Anstalt sicher und mit gutem Ausdruck zum Vortrag gebracht. Eine junge Sängerin, Fr. Kappengst, sang hierauf mit wohlklingender Stimme die schöne Bede der Komposition: „Ewig Stunde, frohe Kunde“, woran sich das nächste Weihnachtsspiel schloß: „Der Hirten Weihnachtstunde“, das von einer Anzahl von Schülern gut dargestellt wurde. An dem nächsten Spiel und dem folgenden Vortrag konnte man keine Freunde haben. Vier Kindergebilde: „Kriegsruftage in der Rinde, Untern Stern, Sänsen Stern und Anknüpfung des Christkindleins“ ließen auch die jüngsten Schüler zu Worte kommen, und mit einer entsehrliche sich jeder der übernommenen Aufgabe. Als Märchenaufführung, die bei einer Weihnachtstheater für Kinder nicht fehlen darf, war diesmal „Schneewittchen“ gewählt worden, das den Schülern und Schülerinnen Gelegenheit gab, ihre Kräfte in einem größeren Spiel zu zeigen. Die anwesenden Eltern und Freunde der Anstalt gaben ihrer Bewunderung Ausdruck, wie bei nicht ganz normal beanlagten Kindern solche Leistungen erzielt werden konnten und sprachen dies auch bei Besichtigung der ausgestellten Zeichnungen und Handarbeiten aus, unter welchen die durch Stoffleihen und durch Formen aus Wollfäden hergestellten besonders Interesse erregten. Es schloß wohl alle mit der Uebersetzung, daß eine Schule, die sich der geistig schwächeren und mit mancherlei Mängeln behafteten Kinder in solcher Weise annimmt und ihnen noch jeder Richtung hin eine gründliche, ihrer Eigenart angepaßte Ausbildung vermittelt, eine Notwendigkeit ist und einem Bedürfnis Rechnung trägt.

**Der Reme-Balladen-Bund von Karl Götze muß wegen plötzlicher Erkrankung des Sängers verlegt werden.**

### Theater und Musik.

**Kinderlieder für Jung und Alt, gesungen von Selma v. o. m. Siedel. Am Klavier: Paul Klarert.** Was das eine reizende Auslegung unter der unruhigen Oper der vielen vielen

Kinder, die sich am Montag im Rauern-Saal versammelten hatten. Kaum hatte die Sängerin ihr erstes Lied gesungen, da fragte schon ein kleiner Knirps: „Was singt sie denn jetzt?“ und ein noch kleineres Kerlchen in Ruffensitz affizierte heftig: „Was kommt denn da?“ Von diesem kleinen Knirps, entzückend, der sich ganz lustig besahnt am Applaus beteiligte, so lebhaft jagt, daß er eine neben ihm sitzende Dame fast in Lebensgefahr gebracht hätte, habe ich dann auch die Kritik erfahren, d. h. sie war eigentlich nicht für mich bestimmt, aber ich war so indolent zugehört. Hier ist sie: „Du, Matti, die singt aber fein.“ So wie dieser kleine Knirps wohl noch sehr viele Kinder, in deren hellblauen Augen das Lichterglänzen des großen Weihnachtsbaums sich spiegelte, gedacht haben. — Die Großherzoglich-Sächsische Kammerkammerin Selma von Scheide brachte ein reiches und gut gewähltes Programm. W. H. Kienz, Elisabeth Arlet, Gulstan Bewin, Karl Reinecke und A. Krause waren vertreten, von denen vor allem die immer wieder schönen Reinecke-Kinderlieder ihre Wirkung nicht verfehlten. Die Sängerin verfiel über eine in allen Lagen gleich gut durchgeführte Stimme. Die Musiksprache ist eine vorbildlich gute. Nicht zuletzt wirkte Selma von Scheide durch ihren Vortrag. Sie ist d. h. das kleine Knirpschen, das sich das Plätschen reißt und lüßt und „Kassidi“ macht, oder Grotpeter, der im tiefsten Bass sein „Her, furez“ antimmt. Dann wieder gießt sie als „Vögel klein und niedlich“ dem Hahn gleich über den Glatz oder ahmt die Bewegungen des großen Hummelflärs nach. Am glücklichsten waren die beschriebenen Reinecke-Kinderlieder, nur konnte nicht leicht an Stelle des „Zwiegelangs“, der dem kindlichen Aufnahmungsvermögen doch weniger liegt, etwa „Der kleine Grutulant“ treten.

„Mein Kindchen, das wird mich lächeln,  
Es nickt schon sein Köpfchen,  
Darum hören wir auf, darum hören wir auf“

fang Selma von Scheide zum Schluß noch, was auch Kinder nehmen die ganze Hand, wenn man ihnen den kleinen Finger reißt, und man sich nur von dem großen „kleinen“ Publikum war gar nicht damit einverstanden, daß man nun schon wieder nach Hause gehen sollte. Die „Hühnchen gezeirte“ Knirpsin mußte sich also noch zu einer Zugabe entschließen, und immer und immer noch löste die Stimme des kleinen Knirpschens: „Was kommt denn nun?“

Am dem Konzertsitz „Steinmay & Sons“ begleitete Paul Klarert mit klarer Technik und sicherem Anfassungsvermögen. Hans Paalow.

### Die Hauptmann-Feier der Berliner Studentenschaft.

Seitdem die Jenerer Studentenschaft stiller ihre Huldigung darbrachte, hat sich kein deutscher Dichter so von der akademischen Jugend gelehrt wie jetzt Gerhart Hauptmann. Viel lächerliches Subtilitäten der Dichter nun auch mitgebracht hat: der Montag muß ihm am tiefsten beglückt haben. Um 2 Uhr nachmittags saßen in etwa 40 stier- und weispannigen Guginen die Vertreter der einzelnen studentischen Korporationen in vollem Glanze vor dem Sotel Alton in Berlin vor, wo der aus Schweden zurückgekehrte Dichter Wohnung genommen hat. Es war ein hübsches, farbenfrohes Bild, das die jugendlichen Rufenhörn und Reueftücher — denn auch diese waren vertreten — in ihren bunten Weftchen, dem winzigen Cerwis, den federnden Baretts und den im Winde flatternden Fahnen boten. Gegen 1/3 Uhr erschien Hauptmann und nahm im ersten Wagen mit den Chargierten der Landsmannschaft „Normannia“ Platz. Der Zug der 40 Equipagen bewegte sich zweimal die Linden entlang und bog dann ab zum Vestingtheater, in dem eine Sondervorstellung von Hauptmanns „Biberpelz“ für die Berliner Studentenschaft stattfand.

Das Theater hatte Festtollette angelegt. Der Zuschauerraum strahlte in lustiger Buntheit: eine gewaltige Zahl von bunten Wägen, gefärbten Cerwisstücken und Reueftüchern mit wackelnden Federn, von Bändern und Schärpen und Reueftüchern leuchtete auf. Alle Farben tanzten durcheinander. Rinas in den Wagen tauchen wohlbekannte Köpfe von Professoren und Klinikern auf. Für den Rektor Prof. Graf Raubillig ist Provost Geheimrat Lehmann erschienen. Als der Dichter die Direktionsloge betritt, um wo Otto Brahm das Gefälle so mancher Hauptmann-Prämierschaft prüfend überfliehe, erhebt sich alles. Mit Hüfen und Speeren wird ein solennes „Getrampe!“ verrißt. Ein feiner, vor Trioloisitäten und Uebertreibungen freier Prolog des Stud. math. Helmut Kaiser, den Theodor Loos schloß und wirksam spricht, macht den Auftakt. Es folgt eine famose Aufführung des „Biberpelz“ mit Oss. Lehmann und Oskar Sauer in den Hauptrollen. Jeder Scherz, jedes schlagende Wort wird abernas stürmisches Getrampe. Seltner hat man ein Publikum in solcher Stimmung gesehen. Am Schluß dann Jubel über Jubel. Mit dem Dichter dürfen nun auch die Schaulustler einmal, das Hausgefläch durchbrechend, sich vor der Gardine zeigen. Die Verclamung erhebt sich und stimmt das „Gauddamms“ an. Wägen werden geschwenkt, Speere klirren aneinander. Dann hält Hauptmann, von der Loge aus, eine kurze Ansprache, nur ein paar kritische Sätze. „Wir beglückwünschen Sie und uns“ rufft er, „zu Ihrer Jugend.“ Jubel und Trampeln und Klatschen ohne Ende ist das Echo.

### Bühnenchronik.

Max Halbe hat ein neues Schauspiel nahezu vollendet, das am Vorabend der Freiheitsfeier im deutschen Dien Platz und den Zug Napoleons nach Rußland mit dem nachfolgenden Untergang der großen Armee zum geschichtlichen Hintergrund hat. Die Aufführung dieses neuen Werkes findet wahrscheinlich noch in dieser Spielzeit statt.

Elzagers dreitellige Oper „Die Hexe“ nach dem gleichnamigen Sardouischen Schauspiel von Sardou junior bearbeitet, fand bei ihrer Generalprobe in der Opera Comique in Paris wegen ihrer kräftigen dramatischen Ägerte eine heftigste Aufnahme.

Zum Intendanten des Breslauer Stadttheaters wurde als Nachfolger Herr Löwes Oberregisseur Waldemar Kunge vom Stadttheater in Frankfurt a. M. gewählt.

Prof. Dr. Fr. Stein in Jena legt Wert auf die Mitteilung, das es sich bei den Variationen über „Reich“ mit der Hand mein Leben“ aus Mozarts „Don Juan“ für 2 Oboen und englische Horn nicht um die Aufführung eines bisher unbekannteren Beethoven-Werkes handelt. Der wissenschaftlichen Beethoven-Aufführung war das Stück bekannt und es wurde bereits von H. Riemann in 2. Band von Tlagers Beethovenbiographie besprochen. Prof. Stein hat lediglich das bisher unveröffentlichte Wert für die Aufführung und die geplante

Herausgabe bearbeitet und in der letzten akademischen Kammermusik zu Jena erstmalig aufgeführt.

## Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben der Gliederer verantwortlich.)

**Halle a. S. oder a. d. S.?**  
Vor kurzem wurde in diesem Blatte unter der Überschrift „Halle a. d. S.“ gefordert, in Zukunft statt der üblichen Abkürzung Halle a. S. nur noch Halle a. d. S. zu schreiben. Da diese Schreibweise an und für sich korrekter ist, weid wir abhören. Daß die Abkürzung von Hallen, die in ihrem modernen Leben immer häufiger herortritt, die Schreibweise Halle a. S. geeignet hat, ist nicht nur wahrscheinlich, sondern zweifellos. Von einer Abkürzung muß man verlangen, daß sie möglichst klar und einwandfrei deutlich ist. Daß die Schreibweise Halle a. S. unbedingt deutlich, abererleis aber kürzer und bequemer als „Halle a. d. S.“ ist, kann billigerweise nicht bestritten werden. Falls es, wenn überhaupt, noch Veränderungen an der Haal, a. d. S.“ abgefragt wird, wenn der geehrte Verfasser an einem solchen Mißverständnis etwa von Weisban nach Brandenburg führt, so wird er bereits in der berühmten Schlußabrede mit diesem Scherzge erlitten werden: denn in Reichshausjahren prangt dort auf dem Stationsplätzchen der a. h. Bei dem schönen Wetter wird er sich bald von seinem Schmerz erholen, oder nur um beim Anblick des Bahnhofsgebäudes Brandenburg a. h. denjenigen Schmerz noch einmal durchleben zu müssen. Mit Halle a. S., Weisban a. h., Brandenburg a. h. machen sich ebenfalls der Todwunde der bequemerer Abkürzung schuldig liebliche Städte wie Schwedt a. D. (zu lesen: an der Oder), Reußland a. D. (soll heißen: an der Ode) und viele andere mehr.

Zum Schluß möchte ich mich aber noch ernsthaft wenden gegen die kühnherliche Art vieler Steuerer, die uns mit ihrer Gaud, alles möglichst forrest zu gestalten, mit Gewalt zu forresten, reifen, langweiligen Pflichten machen wollen.

**Monatsorten.**

Warum heißt die A. E. G., grüne Straßenbahn, nicht die schon längerfristigen Monatskarten ein? Wäre es nicht ratsam, wenn künstliche größere Korporationen und Vereine geschlossen mit dem Wunsch an die Direktion herantraten würden.

**Der Zufuß an den deutschen Freireisern.**

In einer Mitteilung aus dem Sekretariat, anerkennend D., an einige halleische Zeitungen, wird mein Verhalten in der Sitzung der Stadtkorporation vom 9. Dezember 1912 einer Kritik unterzogen, die geeignet ist, über meine rein sachliche Stellungnahme zur Magistratsvorlage ein solches Urteil in der Bürgerhaft zu verbreiten. Leider ist ich geneigt, diesen Weg der Öffentlichkeit immerhin ebenfalls zu betreten und erkläre daher folgendes:

„Ich habe nicht gegen die Bewilligung von 200 Mark gesprochen, sondern habe, wie es gar nicht anders sein konnte, meiner Freude Ausdruck gegeben, daß der Magistrat die Bewilligung einer Unternehmung beantragt hatte. (Das hat auch im Bericht der Saale-Ztg. geblieben. Die Red.)

Das Ausstellungswesen hat aber seit Jahren sehr beachtenswerte Wägen gezeigt, wie sie bei Auskunst und anderen lokalen, aber auch bei sonstigen Wägenausstellungen immerher zur Entfaltung kommen.

Die händige Kommission für das Ausstellungswesen hat es sich schon seit Jahren zur Aufgabe gemacht, die Beschaffenheit und alle größeren Tagessetzungen darüber nicht im Unklaren zu lassen.

Die vom Innungsausführer in Halle a. S. im Jahre 1906 veranstaltete Handwerksausstellung hatte aus gleichen Gründen bereits von einer Kränierung Abstand genommen.

Meine Interpellation bezweckte daher lediglich die Schaffung von Rauteln, unter denen die Verwendung der Mittel an die Aussteller zum Zweck einer wirksamen Handwerksförderung erfolgen sollte, und nicht die bedingungslose Eingabe derselben.

Bei einer Sachausstellung liegt es voraus, daß Handarbeiten, die von Gesellen oder Lehrlingen angefertigt werden, nur zu prämiieren sind, wenn deren eigene Unterfertigung in der Werkstatt des Meisters oder in einer Fortbildungsschule einwandfrei nachgewiesen ist und deren Beurteilung von einer Kommission wirksamer Fachmänner erfolgt.

Hiermit wollte ich vernünftigerweise bezwecken, daß Ausstellungsgesellschaften von Substranten und Ausstellungsspezialisten keinen Anteil haben sollten an Mitteln, die für Handwerkesförderung aufgewendet werden.“

Dieser Standpunkt findet in meinen langjährigen Erfahrungen keine Begründung, er wird auch nicht herozgerufen durch eine Fortfäre für diese oder jene Innungsform.

## Provincial-Nachrichten.

**Jena, 16. Dez.** Die Saale hat infolge der heftigen Regengüsse, die innerhalb der letzten 24 Stunden niedergegangen sind, Hochwasser. Die Arbeiten am Neubau der Cambsdorfer Brücke müssen infolgedessen abermals unterbrochen werden.

**Weihenfels, 17. Dez.** (Ein für die heimische Schifffahrt wichtiges Ereignis) ist es, daß am Sonntag nachmittag ein Schleppdampfer mit angehängtem Lastkahn die Saale flomaufwärts zurückgelegt hat. Es ist das erste Schleppdampfer, mit angehängtem Fahrzeug, der die Saalefahrt bis nahe an unsere Stadt überwand hat. Da der Schleppdampfer nicht die Babelsberger Passieren kann, fuhr er am Sonntag nach Wogdeburg zurück. Der Kahn lief wurde Montag vormittag flott gemacht, um durch die Schleuse nach Jena zu fahren und die mitgeführte Sendung Holz von 4000 Zentner, welche für den neuen Eisenbahnbrücken bestimmt ist, zu liefern. Erwähnt ist noch, daß der der Firma Friz Sackenberg in Wogdeburg gehörige Dampfer seine Reise in Wogdeburg am 10. Dezember normittags angetreten hat und hier am 18. Dezember nachmittags 2 Uhr an der Schleuse landete. Die Dreizehngewandte wird wegen des Umbaus der Eisenbahnstationen nicht niedergelegt. Der Vollständigkeit halber erwähnt das „Weih. Tagbl.“, daß vor Jahren schon die Firma Mann-Galle einen Transporthafen-Dampfer zwischen Halle und Weihenfels verkehrte ließ. In den 80er Jahren des vor. Jahrhunderts ließ Kaufmann Schröder von hier einen auf 60 Pferdekräfte signierten Dampfer „Victoria“ signieren hier und Rauchaufen, der Kosten bis 2500 Zentner betforderte.

**Wespenfeld, 17. Dez.** (Die Leiche des Direktors Ritter von S. Brinckmann in Götting) ist heute früh bei Wespenfeld a. d. Engländerwald worden. Es liegt Götting vor. Ritter hatte sich Unregelmäßigkeiten zuschreiben kommen lassen.

**Zeib, 17. Dez.** (Von der Zuckerfabrik) Unfälle der ersten Lage, daß zum ersten Male die erste Million Zentner Rüben verarbeitet war, hatte die hiesige Zuckerfabrik am letzten Sonntag die Fabrik geblüht. Ingesamt werden in dieser Kampagne etwa 1 350 000 Zentner Rüben zur Verarbeitung kommen.

**Dierfeld, 17. Dezember.** (Fischwechsel.) Der hiesige Gasthof zur Sonne ging durch Kauf in die Hände des Herrn W. Köpfer-Dierfeld über. Der Kaufpreis beträgt 30 500 M. Herr Köpfer denkt in dem Grundbesitz eine Wälderfabrik zu errichten und verpackt die Restaurationsräume.

**Schöten, 17. Dez.** (Christbescherung) Am Sonntag, den 15. d. Mts., fand im Kaiserstempel eine Weihnachtsbescherung für bedürftige Konfirmanden statt. Zwei hiesige Auführungen der Konfirmanden fanden großen Beifall. Auch verdienen die Herren Lehrer, welche sich um die Einfuhrung dieser Güte verdient gemacht haben, ganz besondere Anerkennung für ihre Mühe und Ausgabe. Aber auch Herrn Hauptlehrer Kantor Werner gebührt ein nicht minderes Lob für seine vorzügliche Einfuhrung dreier Weihnachtslieder, welche von seiner Knabenklasse zum Vortrag gebracht wurden. Der Gesangsleiter, Herr Hauptmann, hat auch eine sehr hübsche Weihnachtsfeierlichkeit zum Besten und hatte allen Beteiligten für ihre Mitwirkung, worauf die Bescherung der hierzu ausserwählten Konfirmanden den Schluss des sehr genussreichen Abends bildete.

**Schöten, 16. Dez.** (Ueber die Elektrizitätsfrage) soll in der nächsten Hauptausschussung des Landwirtschafflichen Vereins nochmals eingehend verhandelt werden, da auch die an den Wespenfelder Kreis angrenzenden Ortschaften des Kammerburger Kreises lebhaftes Interesse an der Elektrizitätszentrale Wespenfelds heftig haben. — Bei der heutigen Stadtratsentscheidung der 3. Abteilung wurde Zollausseher a. D. Mühsch mit 45 von 83 Stimmen gewählt.

**Wittgenberg, 17. Dez.** (Freund und Feind.) In der Natur lehnt sich man jetzt täglich einem Feinde, der nicht und munter die Wälder, Büsche und tiefer gelegenen Felder häufig nach Richtung abführt. Es ist ein Sprößling des Storchenspaars, das schon seit Jahren ununterbrochen auf dem Dache einer Scheune des Luisen-Eisenhüttenwerkes. Beim allgemeinen Abzug nach dem sonnigen Süden haben ihn die Genossen von der Kette ausgeschossen, da man ihm wohl die hierzu erforderliche Kraft und Ausdauer nicht zumutete. Eine rechtzeitige Flucht rettete ihn im September vor den zehrenden Schnäbeln seiner Sippgenossen. Ein sehr reges Interesse wird dem Verlassen von den Bewohnern entgegengebracht. An Nachfragungen wird er bei Eintritt von winterlicher Kälte nicht zu leiden haben.

**Magdeburg, 16. Dez.** (Flugzeughalle und Luftschiffhalle) Dem Vernehmen nach sind in den beteiligten Kreisen Verhandlungen angeknüpft worden, um in Magdeburg eine Flugzeughalle und eventuell auch eine Luftschiffhalle zu errichten.

**Dembsch, 16. Dez.** (Ein wertvolles Kuriosum.) Bei der hiesigen Postanstalt wurde am 12. Dezember ein Wertbrief ausgegeben, dessen Awernt nicht weniger als 66 Freimarcken trug, welche so aufgestellt waren, daß sie ein Bild eines Kaiserpaars umrahmten. Da jede Marke abgestempelt wurde, und der betr. Postbote vier 12 hatte, so trug der Umschlag nicht weniger als 264 Stiftern 12.

**S. Andreasberg, 16. Dez.** (Schwerspatzbau.) Der Großindustrielle, Kommerzienrat Dr. Rud. Alberti, denkt bei der hiesigen Silbergrube auch auf Schwerspatz einen Versuchsbau zu führen. Der hinter der Mühlgrube gelegene Schwerspatzflöze soll wieder in Betrieb kommen. In alter Zeit ist, wie ältere Einwohner noch wissen, hier bereits von dem Eisensteinlöser Wedler ein Betrieb auf Schwerspatz für Metallgewinnungsarbeiten geführt. Die Spatwarte, die auf dem Gange gewonnen wurde, zeichnete sich durch ihre gute Qualität aus.

**Berburg, 17. Dez.** (Der Verkauf des holländischen Fleisches) beginnt morgen vormittag. Es folgt das Rind 0,50 Mark, Kalbfleisch 0,80 M., Braten 0,90 Mark, und Ferkel 1 Mark.

**Berburg, 17. Dez.** (Erzölge der Mühschleute.) Die Gewerkschaft Bernburger Kalwerze hatte eine Bohrung von größerem Durchmesser bis 115 Meter Tiefe erbohrt und dabei einen nennenswerten Wassererschloß. Nach diesem Mißerfolg wurde der Bohrgenieue und Inyrotek Richard Kleinau-Cöthen aufgeführt, das Terrain mittels Metallwindhelme abzubauen. In kurzer Zeit sollte er eine gute feste Grundwasserströmung sein, wo in viel geringerer Tiefe größere Wasserquantitäten erschloßen werden könnten, auch gab er die Richtung der Hauptgrundwasserströmung an. Diese Angaben werden sich genau mit den zwei in Ausführung begriffenen Kalzschächten. Von besonderem Wert ist also auch das Befahren der Mühschleute bei Erbauung von Schachtanlagen, da man je gern dort erbaut, wo das wenigste Grundwasser zu erwarten ist.

**Götting, 17. Dez.** (Weidmannshandel) In der Hofmühlener Kru konnten gestern die Gutsbesitzer Otto Thieme-Kleinpohl und Zimmermeister Karl Schulze-Hundelust je eine Schnepe erlangen.

## Kunst und Wissenschaft.

### Hochschulnachrichten.

Für das Fach der Urologie habilitierte sich in der Wundärztlichen Fakultät Dr. med. Ludwig Kießelitzner. — Der Rechtslehrer Professor Dr. Philipp v. Hed an der Universitäts-Landwirtschaftlichen Fakultät ist zum ordentlichen Mitglied der Württembergischen Kommission für Landesgesellschaften ernannt worden. — Als Privatdozent für pharmazeutische und Nahrungsmittelchemie habilitierte sich an der Universität Breslau Dr. Peter Dandewert, Assistent bei Prof. Gadow an pharmazeutischen Institut in Berlin. — Bei der zoologischen Sammlung des bayerischen Staates in München wurde eine Arostele errichtet und dem bisherigen Hilfsarbeiter, dahlisch, Lorenz Müller, unter Ernennung zum ordentlichen Rufus für Entomologie und Herpetologie übertragen.

**Amundsen Kommandeur der Chrenologie.** Aus Paris wird gemeldet: Der Präsident der Republik empfing im Palais des Solarforschers Amundsen und überreichte ihm persönlich die Insignien eines Kommandeurs der Chrenologie. **Wieder ein Rembrandt nach Amerika verkauft.** Wie oben bekannt wird, ist durch die Vermittlung der New Yorker Abteilung des Hauses Duncun der „St. Bartholomäus“ von Rembrandt an den New Yorker Bankier Henry Goldman verkauft worden. Der genaue Preis ist nicht bekannt ge-

worden, doch schätzt man ihn in hunderttausenden Kreieren auf etwa 400 000 M. Es handelt sich um ein Bild, das einen bürgerlichen Mann in Lebensgröße darstellt, der ein Messer hält. Bode hat die Geschichte dieses Bildes bis auf die Zeit der Kaiserin Katharina von Rußland zurückgeführt. Damals hat einer ihrer Minister, der Fürst Kanale, das Bild aus Holland nach Rußland mitgebracht, wo es seither über ein Jahrhundert verblieben ist. Der Fürst Kanale war zugleich Sammler und Kunstliebhaber und Kunstler der Kaiserin; den St. Bartholomäusorden aber behielt er für sich selbst, und nach seinem Tode ging das Bild in den Besitz seiner Tochter, der Fürstin Trubefog, über. Im jüngsten Kräftejahre hat dann das Londoner Haus Agnew das Bild aus der Sammlung Dandow's erstanden. Seine genaue Prüfung durch Bode hat sowohl die Echtheit, wie auch die vorzügliche Ausführung ergeben. Das Bild bezieht nur einer einfachen Einrahmung. Agnew verkaufte nun das Bild an die Gebrüder Duncun, und von diesen ist es nunmehr in den Besitz des Mr. Goldman übergegangen.

## Gerichtsverhandlungen.

**Das Attentat gegen den Grafen Tizza vor Gericht.**  
Wien, 16. Dezember.

Vor dem Kaiserlichen Obergericht hat heute der Prozeß gegen den Abgeordneten Julius Kofacs begonnen, der in der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 7. Juni auf den Präsidenten Grafen Tizza drei Schüsse abgefeuert und dann sich selbst eine vierte Kugel in den Kopf gejagt hatte. Kofacs, der lebensgefährlich verletzt wurde, war in ein Sanatorium gebracht worden, wo er bis zu seiner Wiederherstellung Ende August verblieb. Dann wurde er dem Obergericht übergeben. Das Verbrechen danach viel Zeit in Anspruch, denn die Richter erachteten es notwendig, daß Kofacs bei seiner Handlung sich in einem Zustand von Unzurechnungsfähigkeit befunden habe. Der Versuch mizurufen, wenn auch eine teilweise Unzurechnungsfähigkeit zugegeben wurde, müßte die Letzte feststellen, daß die Tat zielbewußt vorbereitet gewesen sei. Nach Verlesung der Anklageschrift erfolgte das Verhör des Angeklagten. Kofacs erklärte sich für nichtschuldig und schloß seine Darstellungen, indem er dem Moment schloß, da er sich in voller Empörung und Wut im Inneren in den Saal stürzte. Der Vorsitzende hielt Kofacs vor, daß er vor dem Untersuchungsrichter zugestanden habe, in der Richtung auf Tizza geschossen zu haben. Graf Tizza selbst eingehend die Vorgänge in der Sitzung vom 7. Juni und sagte, Kofacs habe zielend auf ihn geschossen. Beim dritten Schuß sei der Arm des Kofacs, wie sich später herausstellte, von Mitgliedern der Regierungspartei emporgehoben worden.

Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

### Der Messerstecher von Magdeburg.

Im Mai d. Js. wurde die Frauen- und Mädchenwelt von Magdeburg durch einen unheimlichen Raubfahrer in panischen Schrecken versetzt, der auf ihm benennende weibliche Passanten vom Hobe herab mit einem Messer einfiel. Als die ersten Fälle bekannt wurden, tauchte bei der Polizeibehörde die Müstigkeit auf, daß man es bei dem Täter mit einem perwers veranlagten Menschen zu tun habe, der sich in sabdijischer Weise betätigen mochte. Von den Polizeibeamten wurde alles mögliche getan, um des Verbrechens habhaft zu werden, es schien aber vergeblich zu sein, denn die Zahl der Attentate vermehrte sich immer mehr, so daß endlich der Polizei 16 Fälle bekannt wurden. Das letzte Attentat charakterisierte sich als ein beispielloses Sittlichkeitsverbrechen, von dem der Täter auf Bitten der Ueberfallenen aber abließ; er begnügte sich, das Portemonnaie des Mädchens mit 4 Mark Inhalt an sich zu nehmen. Am 22. Juli wurde wieder ein junges Mädchen auf der Serrentenrungs-Chaussee von dem unbekanntem Raubfahrer mit einem Messer in die Brust gestochen. Das Mädchen konnte sich noch nach einer Gastwirtschaft begeben, von wo es die Kriminalpolizei benachrichtigt wurde, daß der Täter nach einer bestimmten Richtung hin geflohen sei. Mehrere Polizeibeamte suchten ihn sofort auf verschiedenen Straßen entgegen. Auf dem Eilgange wurde dann auch bald ein Raubfahrer bemerkt, der in rohem Tempo aneilte. Der dort postierte Beamte nahm die Verfolgung des Flüchtigen mit dem Raube auf und alarmierte durch den Ruf: „Haltet den Messerstecher!“ die Passanten. Nach einer wilden Verfolgung, an der sich zahlreich Personen beteiligten, gelang es einem Wädrer, den Flüchtenden vom Raube zu lösen. Er konnte nur mit Mühe vor einem Anmarschier seitens der erbitterten Menge entkommen. Bei seiner Vernehmung am 2. u. 3. d. 27 Jahre alte verheiratete Rangierer Karl Rein zu sein. Er bekennt sich nicht, sich in mehreren Fällen der Messerattentate schuldig gemacht zu haben, war aber nicht in vollem Umfange schuldig. Das teilweise Geständnis hielt er auch in der Verhandlung vor dem Gericht aufrecht. Er wurde aber durch die Beweisaufnahme in mindestens 16 Fällen als Täter überführt. Als Grund für die Messerattentate gab er an, er habe einen Haß auf das ganze weibliche Geschlecht gehabt, da ihm seine Frau viel Kummer bereitet hätte. Ein medizinischer Sachverständiger war der Meinung, daß die Taten des Unnestanten doch einen sadistischen Hintergrund hätten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung zu 4 1/2 Jahren Gefängnis und einem Monat Haft.

### Bezug beim Verkauf einer Gastwirtschaft.

**ze, Leipzig, 16. Dez.** Das Langgericht Halle a. S. hat am 19. September den früheren Gastwirt Otto Weller wegen Betrages zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte im Herbst v. J. mit dem Verkauf seiner Gastwirtschaft einen gewissen K. und dieser wieder einen gewissen E. betraut. Als Käufer meldete sich L., der die Gastwirtschaft zum Preise von 2500 Mark erwarb und bei Übernahme des Geschäftes am 1. Dez. vor 3 Jahren 400 Mark anzahlte. Nun hatte aber die Eigentümerin des Grundstücks, eine Frau H., die Gastwirtschaft zum 1. April 1912 bereits an eine Brauerin verpachtet. Dies war dem Angeklagten bekannt, zumal da Frau H. ihm gesagt hatte, er solle die Wirtschaft nicht verkaufen, da sie von ihrem Verlobten, unentgeltlich zu verpachten, überführt nicht abgeben werde. L. war bei dieser Lage der Verhältnisse im Grunde ein April schuldig. Dem Angeklagten zur Last gelegt worden, daß er dadurch einen Irrtum erregt und ihn dadurch zum Abschluß des Kaufvertrages bewegen zu haben, daß er ihm verheimlicht, daß die Wirtschaft zum ersten April anderweitig verpachtet wäre. Das Gericht hat angenommen, daß L. den Kaufpreis nicht vereinbart und die Anzahlung von 400 Mark nicht gemacht worden wäre,

wenn ihm bekannt gewesen, daß er das Geschäft nach 4 Monaten wieder aufgeben müßte. In der gegen das Urteil eingeleiteten Revision sagte der Angeklagte, es sei nicht ersichtlich, warum in dem bloßen Verpachten der Verpachtung eine Täuschung vorliegen soll. Eine Verpachtung zur Darlegung aller bestehenden Verhältnisse habe er nicht gehabt. Weiter rügte er, daß der Vermögensschaden nicht erwiesen sei; denn in dem Urteil sei nichts über den Wert der Gastwirtschaft im Verhältnis zu der von E. geleisteten Anzahlung gesagt. Der Revisionsmann war der Ansicht, daß die Täuschung hinreichend festgelegt sei. Inbelleben werde das Urteil infolge an einem Mangel, als der Vermögensschaden nicht erwiesen sei. Denn das Urteil enthalte keinerlei Feststellungen über den Wert der Gastwirtschaft, ob diese vielleicht einen jährlichen Reingewinn von 12 000 Mark abwürde, so daß die Anzahlung von 400 Mark sich decke mit einem Reingewinn von 400 Mark in 4 Monaten. Der alten Dingen lage das Urteil auf gar nichts über den Wert des Anwesens und wie viel von der angebotenen Summe auf diesen entfiel. Wegen dieses Mangels bezüglich der Feststellungen einer Vermögensschädigung beantragte der Revisionsmann, das Urteil aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurückzugeben. Diefem Antrage gemäß entschied auch das Reichtgericht.

## Vermischtes.

**Vom Präsidentenfest zum Universitätsfester.** Der derzeitige Präsident der Vereinigten Staaten Taft hat, wie schon kurz gemeldet, einem intimen Freunde eröffnet, daß er entlassenen Ruf, nach Ablauf seiner Amtsperiode dem an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl an der Yale-Universität zu folgen, wo er Vorlesungen über Staatsrecht zu halten gedenkt. Seiner ursprünglichen Plan die Rechtsanwaltspraxis in Cincinnati auszuüben, hat Taft schließlich aufgegeben mit Rücksicht auf die peinliche Situation, vor dem Obersten Bundesgerichtshof plädieren zu müssen, dessen Kollegium sich zum Teil aus Richtern zusammensetzt, die er selbst berufen hat. Die „Kent-Professor“ der Yale-Universität ist seit dem im Jahre 1900 erfolgten Tode von Edward J. Phelps, der unter der Präsidentschaft Cleveleys amerikanischer Gesandter in London war, unbetet geblieben. Sie ist mit einem Jahresgehalt von etwa 20 000 M. dotiert. Das ist für den ehemaligen Präsidenten zwar nicht eben verlockend, aber für Taft, den ehemaligen Studenten von Yale, bedeutet die Berufung zum Professor des Rechtes eine hohe Ehre, und da er überdies über private Einkünfte von rund 25 000 M. pro Jahr verfügt, so glaubt der zukünftige Professor Taft seinen Bedürfnissen vollumfänglich zu können.

**Wenn zwei Elefanten dieselbe Schöne lieben...** Der Herzog von Montpensier, der kürzlich eine Reise durch Arabien unternommen hat, erzählt in der Zeitschrift „Le sais tout“ eine Reihe ergötzlicher Jagdabenteuer. Unter anderem weiß er von einem originalen Elefantenduell zu berichten. Der Kampf drehte sich um ein schönes Weibchen, das 2 Dildläuten in die Augen geflohen hatte. Wer hat sie unter Dutzende und Donnergetrappel aufeinander zu führen und einen Kampf „bis aufs Messer“ zu führen, stellen sich die beiden Rämpen einander friedlich gegenüber auf, stehen ein kurzes Prometenkamm aus und mahen dann auf eigenartige Art und Weise ihre Stärke. Der eine der beiden hatte mit seinem Köhler einen Javelin von einem Baum herunter. Sein Gegner ist einen stärkeren Javelin aus und legte ihn dem Feinde vor die Füße. Dieser ergiff darauf einen kleinen Baumstamm, riß ihn aus und legte ihn vor seinen Gegner hin. Und so ging es fort: einer übertrumpfte den anderen, bis einer der beiden am Ende seiner Kräfte gelangt war, da der riesige Baumstamm, den er sich als Ziel erfors, seinen Anstrengungen trotzte. Er schließlich beschämt von bannen, während der Sieger unter Freudengeheul das Weibchen in seine „Arme“ schloß und beide in inniger Liebe vereint von dannen zogen. — Auch eine Art, den Kampf ums Weib zu entscheiden, und wahrlich nicht die schäblichste.

**„Der kleine Eise!“** Von dem als ungeheurer Arbeitskraft bekannten Oberbürgermeister einer „sehr großen deutschen Stadt“, die nicht näher bezeichnet wird, erzählt die „Berliner St.“ folgendes nette Gespräch: Der „Ober“ übergrüßt dem Mittwitschs um 3 Uhr einem Magdstrassensänger einen großen Anstich und sagt ihm dazu: „Dafür halte ich gern einen eingehenden Bericht, Herr Altsjor. Die Sache hat aber keine Eise. Wenn ich's bis morgen früh um acht habe, ist's zeitig genug.“

## Letzte Depeschen.

### Die ersten Friedensverhandlungen.

**London, 17. Dez.** (Privat-Telegr.) Die erste Verhandlung der Friedensdelegierten fand am Dienstag um 11 Uhr 45 Min. statt. Es wurde nur die Geschäftsordnung beraten und die etwa der Presse zu machenden Mitteilungen besprochen. Es steht außer Zweifel, daß nur Kollektivnoten zur Veröffentlichung gelangen werden. Am Mittwoch wird man mit der Prüfung der Beurlaubungsschreiben beginnen, und es ist möglich, daß sich hierbei Zwischenfälle ergeben, da die Tärten noch immer nicht gemitt sind, die griechischen Delegierten zu den Verhandlungen zuzulassen. Man glaubt jedoch, daß in der Richtung, daß Griechenland seine militärischen Aktionen einstellt und nur die Blockade im Ägäischen Meere aufrecht erhält, eine Verständigung erzielt werden wird. Die Verbände an griechischen Botschaften hätten haben sich sehr optimistisch über das zu erwartende Resultat der Konferenz ausgesprochen. Es scheint jedoch, daß sie dies nur mit Rücksicht auf die jetzt ebenfalls häufig tagende Botschafter-Reunion taten, deren Einfluß je offener besprochen, wenigstens je vorgesehen, daß sie sich nicht in die Botschafter-Reunion bezug. deren Beschlüsse bestimmen. Man mißt hier ihren Auswirkungen keine Bedeutung bei.

### Die Botschafterkonferenz.

**London, 17. Dez.** (Privat-Telegr.) Bei den heute nachmittag im Cabinet des Ministeriums des Innern begangenen Besprechung der Botschafter soll zuerst die Vertretung der ottomanischen Staatsmacht und dann die Regierung des vom Ministern und der Botschaften Ansehen zur Beratung stehen. Erst wenn die Vertreter der Botschaften sich über die Triple-Entente sich über eine Frage einig sind, wird die zur gemeinsamen Beratung gestellt werden. Auch die Frage eines förmlichen Hafens an der Adria befindet sich im Beratungsprogramm. Man sagt jedoch, Serbien halte seinen Anstand nur noch förmel aufrecht.



